Neue Westfälische vom 15.09.2016 , S. 3

Gebrauchsanweisung für Integration

Konzept verabschiedet: Der Landtag beschließt mit den Stimmen der Koalition den Plan zur Eingliederung von Flüchtlingen. Die Opposition steht hinter dem gemeinsamen Ziel, will aber einen anderen Weg

Von Stefan Boes

■ **Düsseldorf.** Nordrhein-Westfalen hat jetzt einen Integrationsplan. Auf fast 40 Seiten hat die rot-grüne Landesregierung zusammengetragen, was das Land bereits für die Eingliederung von Flüchtlingen getan hat. Wichtiger noch – was es noch tun will. Einigkeit darüber herrscht aber nicht in der Politik. Und bezahlen soll das meiste der Bund.

Im Frühjahr hatte die Regierung ein Konzept angekündigt, um die Integration der Geflüchteten zu verbessern – durch gesellschaftliche Teilhabe in den Bereichen Bildung, Arbeit und Wohnen. Nun hat der Landtag den Integrationsplan verabschiedet. Er setzt auf Spracherwerb, Zugang zu Bildung und passgenaue Qualifizierung. Ebenfalls darin erwähnt: ein Zusammenleben auf Grundlage der in Deutschland geltenden Grundwerte.

Konkrete Vorhaben sind zusätzliche Lehrerstellen, mehr Sprachkurse, mehr Integrationskurse sowie eine Stärkung der frühkindlichen Bildung und Kinderbetreuung, der Gesundheitsfürsorge und des zentralen Wohnungsbaus.

„Wenn wir jetzt in bessere Schulen, Kitas sowie gute und bezahlbare Wohnungen für alle investieren, dann werden Nordrhein-Westfalen und Deutschland in zehn Jahren stärker und gerechter sein als heute", sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Römer im Landtag. „Unser Integrationsplan ist deshalb immer auch zugleich ein NRW-Plan", so Römer.

Die Landesregierung will 400 zusätzliche Lehrerstellen für Berufs- und Weiterbildungskollegs schaffen. Auch kommunale Integrationszentren, Volkshochschulen und Sportbünde sollen personell und finanziell gestärkt werden. Weitere Millionen fließen in Kunst- und Kulturprojekte.

Eine zentrale Rolle im Konzept spielt aber der Bund. Der soll Geld geben und Gesetze ändern. Notwendig seien ein neues Programm zum Ausbau der schulischen Ganztagsangebote und bessere Einstiegsmöglichkeiten für Flüchtlinge in die berufliche Ausbildung.

Außerdem verlangt die Landesregierung eine weitere Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau um weitere fünf Milliarden Euro binnen fünf Jahren durch den Bund. Ob Berlin die Mittel zur Verfügung stellt, ist offen.

Einig ist sich die Politik in Düsseldorf darin, dass mehr getan werden muss. Streit gibt es darüber, was genau das ist. CDU-Fraktionschef Armin Laschet sagt, dass seine Fraktion in vielen Fragen nicht einig mit Rot-Grün sei, man aber dasselbe Ziel verfolge. Man dürfe keine gesellschaftliche Spaltung zulassen und müsse diejenigen in die Schranken weisen, die Stimmung gegen Zuwanderer machten. Stellvertreter André Kuper moniert, der Plan löse die Hauptprobleme nicht. Die Kommunen müssten mit einer Integrationspauschale stärker unterstützt werden, es brauche mehr Sozialwohnungen.

Die FDP kritisiert den Integrationsplan als „Sammelsurium von Absichtserklärungen". Die Vorschläge und Maßnahmen seien zu beliebig und unverbindlich, sagte FDP-Fraktionsvize Joachim Stamp. „Wir wollen nicht, dass Flüchtlinge ihren Namen tanzen können, sondern wirklich die Chance haben, in den Arbeitsmarkt zu kommen."

Frank Uferkamp, Sprecher der SPD-Fraktion, merkte gegenüber dieser Zeitung an, die FDP habe sich „in der Endphase der Beratungen aus offenkundig parteipolitischen Gründen aus dem Prozess verabschiedet." Die Piraten sagten ebenfalls Nein zum Integrationsplan.

SPD-Fraktionschef Römer macht der Opposition keinen Vorwurf wegen der Ablehnung. „Wir streiten uns ja nicht über das Ziel der Integration, sondern über die Wege dorthin." Der Integrationsplan stehe in der Tradition einer Integrationspolitik, „die seit mindestens 15 Jahren von allen Mehrheiten in diesem Landtag verwirklicht worden ist, sowohl von rot-grünen Mehrheiten als auch von schwarz-gelben", so Römer.

CDU schließt sich Resolution an

◆ Mit einem gemeinsamen Bekenntnis zur Fortsetzung der Integrationspolitik haben SPD, Grüne und CDU im Düsseldorfer Landtag rechtspopulistischen Äußerungen zur Flüchtlingspolitik den Kampf angesagt.

◆ Die CDU stimmte einer Resolution der Regierungsfraktionen SPD und Grüne zu, die eine umfassende Integrationspolitik mit dem Ziel des friedlichen Zusammenlebens aller Menschen in einer offenen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft fordert.